

Fraktionsantrag für Stadt Dassow	Vorlage-Nr:	VO/7/0010/2015
	Status:	öffentlich
	Datum:	05.03.2015
	Wiedervorlage:	
Antrag der WGO-Fraktion - Finanzhaushalt		
Fraktion		
Beratungsfolge	Stadtvertretung Dassow Hauptausschuss Dassow	

Sachverhalt:

- siehe Anlage -

Anlage:

Antrag der WGO-Fraktion

Lebenslauf

Beschlüsse:

10.03.2015 Stadtvertretung Dassow

SI/StV Da/006/2015

Herr Priewe erläutert ausführlich den Antrag der WGO-Fraktion.

Daran anschließend erklärt Herr Ploen, dass aufgrund der negativen Jahresabschlüsse der Jahre 2007 und 2008 eine Liquiditätshilfe gezahlt wurde und die in Folge der positiven Entwicklung der darauffolgenden Abschlüsse an das Land zurückzuzahlen ist und wie diese Rückzahlung bisher geleistet wurde.

Herr Badermann bittet um Informationen zu den Rechtsgrundlagen für die Bewilligung der Liquiditätshilfe und der entsprechenden Rückforderung.

Hierzu sprechen weiterhin Herr Dutschke, Herr Matzke und Herr Westphal.

Im Anschluss erläutert Herr Matzke seinen Antrag.

Nach kurzer Diskussion stellt Herr Matzke den Antrag, den Antrag der WGO-Fraktion sowie seinen eigenen Antrag gemeinsam in den Hauptausschuss zur weiteren Beratung zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen

1 Gegenstimme

1 Enthaltung

26.05.2015 Hauptausschuss Dassow

SI/HA17/010/2015

Die Mitglieder des Hauptausschusses legen einvernehmlich fest, die Anträge der WGO-Fraktion und der SPD-Fraktion sowie die Beschlussvorlage zur Rückzahlung der zweckgebundenen befristeten Finanzhilfe (VO2/0063/2015) gemeinsam unter einem Tagesordnungspunkt zu beraten.

Frau Viehstaedt erläutert zunächst den Sachverhalt,.

Herr Matzke erklärt ergänzend den Antrag der SPD-Fraktion.

Zwischen den Mitgliedern des Hauptausschusses herrscht Einigkeit, dass schriftliche Anträge allein die Stadt in dieser Angelegenheit nicht voranbringen.

Auf Anregung von Herrn Badermann beschließen die Mitglieder des Hauptausschusses Folgendes:

Das Amt wird beauftragt, mit dem Ministerium für Inneres und Sport M-V einen Gesprächstermin zu vereinbaren. Dieser sollte möglichst vor der nächsten Fälligkeit der Rate (fällig zum 30.06.2015) stattfinden. An dem Vorgespräch nehmen der Bürgermeister, Mitglieder des Hauptausschusses sowie ein Vertreter des Amtes teil. Der Hauptausschuss behält sich das Einreichen eines schriftlichen Antrages im Nachgang des Gesprächstermins vor.

Herr Badermann bittet das Amt in diesem Zusammenhang ergänzend um eine Argumentationshilfe für den Gesprächstermin mit dem Innenministerium.

Aufgrund der ausstehenden Ergebnisse des Vorgesprächs ist diese Angelegenheit nicht in der Sitzung der Stadtvertretung am 09.06.2015 zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig mit

5 Ja-Stimmen

